



Bayerisches Landesamt für
Pflege

Bayerisches Landesamt für Pflege
Referat 44
Mildred-Scheel-Straße 4
92224 Amberg

Eingangsstempel

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen.

Antrag auf Bewilligung einer staatlichen Zuwendung nach der Förderrichtlinie Pflege (WoLeRaF) für ambulant betreute Wohngemeinschaften

in Höhe von _____ Euro	
für die Maßnahme (Bezeichnung und Anschrift der Maßnahme):	
geplanter Durchführungszeitraum:	
Beginn	Ende
<input type="checkbox"/> Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen. <input type="checkbox"/> Mit der Maßnahme wurde am _____ begonnen.	
Hinweis: Zuwendungen dürfen nur für Maßnahmen gewährt werden, mit denen noch nicht begonnen wurde. Der Abschluss von Verträgen zur Vorbereitung der Maßnahme ist grundsätzlich bereits als Beginn der Maßnahme zu werten. Im Einzelfall kann auf Antrag eine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt werden.	
Diesem Antrag sind beizufügen:	
<ul style="list-style-type: none"> • DAWI-De-minimis-Erklärung • Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen • Ausführliche Beschreibung der Maßnahme (Konzept) • Mittelfristiger Finanzierungsplan • Vereinsatzung oder Gesellschaftsvertrag und Auszug aus dem Vereins- oder Handelsregister • Freistellungsbescheid soweit steuerbegünstigte Zwecke verfolgt werden 	

A	Antragsteller
	Antragsteller
	Anschrift
	Telefon
	Telefax
	Wenn Sie einverstanden sind, dass wir uns bei Rückfragen per unverschlüsselter E-Mail an Sie wenden, dann geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse an:

	vertretungsberechtigte Person(en) 1. _____ 2. _____ <input type="checkbox"/> einzeln vertretungsberechtigt <input type="checkbox"/> zusammen vertretungsberechtigt Ansprechpartner für diesen Antrag _____ Rechtsform des Antragstellers _____ Der Antragsteller verfolgt steuerbegünstigte Zwecke (§§ 51 bis 68 AO): <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, der Freistellungsbescheid des zuständigen Finanzamtes liegt bei. Der Antragsteller handelt im Rahmen einer gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG <input type="checkbox"/> besteht nicht <input type="checkbox"/> besteht allgemein <input type="checkbox"/> besteht für dieses Projekt Eventuelle Vorsteuerabzugsbeträge sind im Finanzierungsplan gesondert auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen.
B	Bankverbindung
	IBAN _____ Kontoinhaber _____ Dabei handelt es sich um ein Geschäftskonto: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
C	Finanzierung
	Wurde für die Maßnahme bei anderen Stellen eine Zuwendung beantragt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ Euro bei _____ Sollen aus der Zuwendung Geldbeträge an Dritte als Zuwendung weitergeleitet werden? <small>(Hinweis: Bei der Bezahlung von Rechnungen an Dritte, z. B. aus Kauf- oder Dienstverträgen, handelt es sich nicht um eine Weiterleitung in diesem Sinne.)</small> <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ Euro an _____ Erläuterung: _____ _____ Wird der Antragsteller überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen finanziert? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

F	Deckungsmittel für das Kalenderjahr	Kalenderjahr	Kalenderjahr	Kalenderjahr	Gesamt
		Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro
1.	Eigenmittel des Antragstellers (Mitgliedsbeiträge, nicht-zweckgebundene Spenden usw.)				
2.	Einnahmen aus Kostenbeiträgen (von Teilnehmern an der Maßnahme)				
3.	Zuwendungen von kommunalen Gebietskörperschaften				
4.	Sonstige öffentliche Mittel				
5.	Sonstige Mittel (einschließlich zweckgebundene Spenden)				
6.	Beantragte Zuwendung des LfP aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege				
	Gesamtfinanzierung:				

G	Erklärungen
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Finanzierungsplan wurde nach den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung aufgestellt. Es wurden alle Finanzierungsbestandteile der Maßnahme aufgeführt. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist nach dem Finanzierungsplan gesichert. 2. Eine ordnungsgemäße Geschäftsführung ist gesichert. Die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel wird nachgewiesen werden können. 3. Mit der Durchführung der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird vor Erhalt des Zuwendungsbescheides auch nicht begonnen werden. 4. Die unter Punkt D in der Aufgliederung der Personalausgaben genannten Mitarbeiter/-innen wurden von der Übermittlung ihrer Daten in Kenntnis gesetzt. Die nachfolgende „Information zum Datenschutz“ wurde jeder betroffenen Person ausgehändigt. 5. Nach Antragstellung neu hinzukommende Mitarbeiter/-innen werden von der Übermittlung ihrer Daten in Kenntnis gesetzt. Die nachfolgende „Information zum Datenschutz“ wird ausgehändigt. 6. Die in diesem Antrag (einschl. der Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
Ort, Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das

Bayerische Landesamt für Pflege

- Datenschutz –

Mildred-Scheel-Straße 4

92224 Amberg

datenschutz@lfp.bayern.de

Die Daten werden erhoben, um den Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Bereich der Richtlinie Pflege – WoLeRaF zu bearbeiten. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c, e, DSGVO, Art. 4 Abs. 1 BayDSG, Art. 23 und 44 BayHO und die hierfür erlassenen Verwaltungsvorschriften (Richtlinie Pflege – WoLeRaF). Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Ihnen stehen die Rechte gem. Art. 15 bis 20, 22 und 77 DSGVO sowie das Widerspruchsrecht gem. Art. 21 DSGVO zu. Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Pflege unter www.lfp.bayern.de/datenschutz. Alternativ erhalten Sie die Informationen auch von unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten, den Sie per E-Mail unter datenschutz@lfp.bayern.de erreichen können.

Zum Zweck der Auszahlung der Fördermittel werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt.

Die Mitteilung personenbezogener Daten, erfolgt grundsätzlich freiwillig. Unterbleibt eine Bereitstellung personenbezogener Daten, kann das Landesamt für Pflege jedoch den Antrag möglicherweise nicht bearbeiten und keinen Förderbescheid erlassen.